

<b>NIEDERSCHRIFT</b>  Stadt Karlsruhe	Gremium:	8. Sitzung <b>Hauptausschuss</b>
	Termin:	12.10.2010, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Großer Sitzungssaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Heinz Fenrich

6.

#### **Punkt 4.1 der Tagesordnung: DAS FEST 2010 - Evaluationsbericht**

**Der Vorsitzende** ruft Tagesordnungspunkt 4.1, Vorlage Nr. 91, zur Behandlung auf.

Es sei jetzt fast ein Jahr her, dass der Stadtjugendausschuss erklärt habe, er könne das Fest aus seiner Verantwortung und Aufgabenstellung heraus nicht mehr wahrnehmen und die Sicherheitslage nicht mehr garantieren. Deshalb sei er nicht mehr in der Lage, das Fest weiter durchzuführen. Die Reaktionen aus der Bevölkerung, aber auch aus dem Gemeinderat seien eindeutig gewesen. Sie reichten von "Es wäre schrecklich, wenn es das nicht mehr geben würde", "Das ist ein Stich ins Herz von Karlsruhe" oder "Das Fest darf nicht sterben", bis hin zu "Das Fest gehört zu Karlsruhe". Viele - auch Gemeinderäte und er persönlich - hätten Verständnis für die Entscheidung des Stadtjugendausschusses geäußert. Damals habe er gesagt, die Sicherheitsbelange seien zu groß geworden für den Stadtjugendausschuss.

Man habe dann eine beeindruckende Sympathiewelle erlebt, ein Wir-Gefühl, welches viele Karlsruherinnen und Karlsruher, aber auch viele Menschen aus der Region und sogar darüber hinaus, habe zusammenrücken lassen. Das alles habe sich dann unter dem großen Schirm "Rettet das Fest" zusammengeschlossen. Es sei ein gemeinsamer Kraftakt gewesen, der vor allem auch vom Gemeinderat ein Stück Mut, Entschlossenheit, Risikobereitschaft und eine ganze Menge Vertrauen abverlangt habe.

Heute, ein Jahr später, könne man sagen, es habe sich gelohnt. Das Fest lebe, das Fest sei - das müsse als zentrales Interesse aller Entscheidungsträger herausgestellt werden - sicherheitstechnisch ein voller Erfolg gewesen. Die Überfüllungsproblematik

habe sich Dank der hervorragenden Planung und Umsetzung in ein Muster für andere Großveranstaltungen gewandelt. Aus einem Problem sei eine Expertise geworden. Die Katastrophe von Duisburg, die sich zeitgleich zum Festsamstag in Karlsruhe ereignet habe, habe erschreckend eindrucksvoll gezeigt, wie wichtig der Kernauftrag an das neue Festteam gewesen sei, das Sicherheitskonzept des Festes ohne Denkverbote zukunftsfähig zu machen.

Beim Konzert von Peter Fox 2009 sei man sich zum ersten Mal bewusst geworden, was hier entstehen und passieren könne. Aus dieser Erkenntnis sei dann die Forderung an das Fest 2010 entstanden, ein Konzept zu entwickeln, welches Zukunft habe.

Als Beispiel für die Berichterstattung über die Maßnahmen habe man einen Beitrag aus "Baden-Württemberg aktuell" vom Montag nach dem Fest aufgezeichnet.

(Ein Beitrag aus der Nachrichtensendung "Baden-Württemberg aktuell" vom 26.07.2010 wird gezeigt.)

Er lobe dieses Konzept, aber man wolle sich auf den Lorbeeren nicht ausruhen. Das Sicherheitskonzept müsse stets an die neuesten Erkenntnisse angepasst werden. Seit Duisburg müsse man nicht mehr diskutieren, wie notwendig das sei. Aus dem vorliegenden Evaluationsbericht könne man ersehen, wie schon beim diesjährigen Fest die neue Mannschaft um Martin Wacker alle regionalen Netzwerke einbezogen und letztendlich alles zu einem schlüssigen Gesamtkonzept geführt habe.

Sicherheitstechnisch sei das Fest ein voller Erfolg gewesen. Auch beim Jugendschutz seien die Belange deutlich verbessert worden. Damit seien zwei Voraussetzungen, die man seinerzeit gegeben habe, klar erfüllt worden. Wirtschaftlich habe das Fest erneut seine Ziele nicht erreichen können. Dies allein am schlechten Wetter vom Freitag festzumachen, greife zu kurz. Der Einnahmeeinbruch bei den Getränkeerlösen sei dramatisch gewesen. Das sei aber ein bundesweit zu beobachtender Trend der Kaufzurückhaltung bei so genannten Sekundärausgaben auf Musikfestivals. Auch wenn die Logistik deutlich verbessert wurde und das Personal an den Ständen professioneller gearbeitet habe, so dass es keine lange Warteschlangen

gegeben habe, seien die Getränkeumsatzzahlen drastisch eingebrochen. Neue Konzepte müssten erarbeitet werden, bis hin zur Vergabe der Verkaufslizenz ohne eigenes Risiko. Vorgespräche dazu hätten stattgefunden.

Alle Einnahmeziele, die das Team ohne Abhängigkeit von Wetter oder genereller Kaufzurückhaltung erreichen wollte, seien erreicht worden. Einen deutlichen Zuwachs habe es bei den Sponsorengeldern gegeben, trotz der Tatsache, dass man für die Akquisition von Sponsorengeldern sehr wenig Zeit gehabt habe, da die GmbH erst im April gegründet worden sei. Man könne auch einen Zuwachs bei den Lizenzen für die Essensstände verzeichnen.

Herr Wacker habe gesagt, erst jetzt sei das Fest für das neue Team "geröntgt", und erst jetzt kenne man alle Unwägbarkeiten bei diesem Megaprojekt.

Die Drehkreuze seien für das erste Fest in neuer Ägide sehr wichtig gewesen, allerdings seien sie auch sehr teuer gewesen. Aber man wisse durch diese Drehkreuze erstmals definitiv, wie viele Menschen wirklich in den Bereich rund um den Hügel passten. Diese Zahlen hätten die überzogenen Zahlen der Vorjahre relativiert. Er sage dies ohne Vorwurf, aber es habe sich gezeigt, dass die Annahmen der Besucherzahlen der vergangenen Jahre überzogen gewesen seien, da eine echte Grundlage gefehlt habe. Wenn man solche Grundlagen nicht habe und dann zu falschen Annahmen komme, werde das für jeden planerischen Ansatz zum Problem. Nachdem man nun zum ersten Mal definitiv wisse, wie viele Leute in den Bereich passten und wie viele Leute tatsächlich gekommen seien, könne man alle Fragen beantworten. Die Zahlen lägen erstmals klar auf dem Tisch, ohne versteckte Personalkosten, die natürlich bei einem Übergang von einem städtischen Träger auf eine GmbH einen nicht unwichtigen Faktor darstellten.

Nach Ausgleich des in diesem Jahr entstandenen Defizits habe er vollstes Vertrauen, dass die Mannschaft um Martin Wacker auch für die unsichere Situation bei dem Getränkeerlös eine Lösung finden werde. Neben dem Einbruch bei den Getränkeerlösen habe die Mannschaft alle vorgegebenen Erlösziele erreicht, wenn nicht sogar übertroffen und auf der Kostenseite, trotz der erhöhten Sicherheitsanforderungen, auch sparen können. Mit gezielten Maßnahmen bei den Getränkelizenzen und mit

der Ausweitung der Ticketgebühr von 5 € auch auf den Sonntag sollte die rote Null im Jahr 2011 möglich sein.

Ergänzend zum Evaluationsbericht führt er aus, das Wirtschaftsjahr für das Fest ende immer am 30.09. Deshalb beginne das neue Jahr für das Fest am 01.10. Dies sei auch im Jahre 2009 so gewesen. Am 29.09. habe der Stadtjugendausschuss verkündet, dass er das Fest nicht mehr als Veranstalter tragen könne. Unmittelbar danach sei die Projektgruppe ins Leben gerufen, die untersuchen sollte, unter welchen Voraussetzungen das Fest fortgesetzt werden könne. Nach dem Ergebnis dieser Untersuchung habe der Gemeinderat dann beschlossen, das Fest auch im Jahr 2010 durchzuführen. Im Dezember 2009 habe man eine GmbH gegründet mit dem alleinigen Gesellschafter Stadtjugendausschuss. Der Stadtjugendausschuss habe Übergangsweise diese FEST GmbH geführt, die dann zum 31.03.2010 unter Beteiligung Dritter in die neue FEST GmbH überführt wurde. In der Projektphase vom 01.10. bis zum 15.12.2009, von Beginn des Festjahres bis zur Gründung der neuen GmbH, sei nicht klar gewesen, ob es ein nächstes Fest gebe. Trotzdem habe man im Blick auf 2010 einige Arbeiten gemacht, wobei natürlich auch Kosten entstanden seien.

Die Kosten seien allerdings bei der Gründung der neuen GmbH nicht berücksichtigt worden, da man Dritte in die GmbH geholt habe und nicht mit Verlusten starten konnte. Die Kosten seien auch nicht auf die jetzige GmbH übergeführt worden. Deshalb sei noch strittig, welche Kosten auf diese Projektphase zuzurechnen seien und welche nicht. Die Kosten beliefen sich nach den gegenwärtig vorliegenden Zahlen auf maximal 50 000 € für die Stadt Karlsruhe. Man könne sie als Projektkosten nicht der neuen FEST GmbH aufbürden. Wenn man zu einem Ergebnis gekommen sei, werde er diese Kosten, wenn sie die Grenze von 50 000 € nicht überstiegen, in eigener Zuständigkeit außerplanmäßig verausgaben. Er wolle nur Vollständigkeitshalber dazu sagen, dass man aus dieser Projektphase vor Gründung der ersten Gesellschaft noch einige Kosten habe. Man streite sich noch, wer diese tragen müsse und wo sie zuzuordnen seien.

**Herr Wacker (DAS FEST GmbH)** erklärt, er hätte heute gerne alle drei vorgegebenen Punkte als erfüllt vortragen wollen: Sicherheitsproblematik gelöst, Bereiche des Jugendschutzes gelöst und ein ausgeglichenes Ergebnis. Er bedauere es selbst am

meisten, dass er den dritten Punkt gemeinsam mit der Mannschaft nicht habe erreichen können. Es sei für ihn aber auch Vorgabe, es im kommenden Jahr zu schaffen.

Ergänzend zu den Maßnahmen, die der Herr Oberbürgermeister schon angesprochen habe, erklärt er, welche Herausforderungen es in diesem Jahr gegeben habe. Als Beispiel nenne er das Drehkreuzsystem. Das Drehkreuzsystem funktioniere nicht, indem man nur Drehkreuze aufstelle. Sie mussten doppelt abgesichert werden, 3 km Kupferkabel seien verlegt und eine Funkstrecke sei angemeldet worden, damit man definitive Zahlen präsentieren konnte. Im kommenden Jahr wolle man Eingangsschleusen vorsehen, die mit Handscannern arbeiteten.

Man wisse nun, wie viele Menschen in den Hügelbereich passten. Gemeinsam mit Herrn Weiße (BuS) habe man sich das genau angeschaut. 55 000 Besucher sei die maximale Zahl, mehr wäre unverantwortlich.

Man wisse nun aber auch, dass der optimistische Ansatz der Getränkeerlöse so nicht zu erreichen sei. Man habe sich in den vergangenen Wochen von anderen Veranstaltungen in der Bundesrepublik Expertisen darüber eingeholt, was über eine Lizenzvergabe an Dritte zu Erlösen sei. Im Vordergrund sollte stehen, dass man immer regionale Partner andiene. In diesem Jahr habe man 100 % aller Aufträge in der TechnologieRegion vergeben. So seien z. B. die Drehkreuze von der Firma Kaba aus Bühl gekommen.

Die neue Vorgabe, das dritte Ziel zu erreichen, sei für ihn und seine Mannschaft die größte Herausforderung. Er bitte um die Chance für das nächste Jahr und zähle auf weitere Unterstützung und Mut.

**Der Vorsitzende** erklärt, man habe Anlass, sich bei der gesamten Mannschaft des Festes zu bedanken. Dass es Kritik an den 5 € gegeben habe, sei klar gewesen. Aber es habe sich in Grenzen gehalten.

Die Folge aus dem nicht ausgeglichenen Ergebnis, das Herr Wacker erwähnte, bedeute, dass man neben den 150 000 €, die man damals schon für einen möglichen Defizitausgleich zur Verfügung gestellt habe, weitere 135 000 € außerplanmäßig

drauflegen müsse, um den Verlust in diesem Jahr abzudecken, in der festen Absicht, im nächsten Jahr die schwarze Null zu erreichen, wenn man einiges an Ausgaben zurückführen und einiges an Einnahmen generieren könne. Er sei zuversichtlich, er habe den Mut und er habe das Vertrauen in die Mannschaft. Deshalb habe er den Beschlussvorschlag unterbreitet, wie er in der Vorlage Nr. 91 stehe, eine außerplanmäßige Ausgabe von 135 000 € zu beschließen, das Sicherheitskonzept für die Veranstaltung fortzuschreiben und den Sicherheitsstandard weiter zu erhöhen.

**Stadtrat Dr. Maul (SPD)** stellt fest, die Zahl der Besucher habe sich deutlich reduziert. Daraus ergebe sich zwangsläufig, dass sich auch der Getränkeumsatz deutlich reduziere. Er sehe nicht, wie man das durch Maßnahmen welcher Art auch immer beleben könne.

**Der Vorsitzende** antwortet, man könne auch durch eine erhöhte Annahme von Zuschauerzahlen einen Getränkeabsatz hochdrücken und habe dann vielleicht 300 000 € Verlust beim Fest - wie geschehen. Das seien aber alles Unwägbarkeiten, die man vorher bei einer Planung nicht kenne.

**Herr Wacker (DAS FEST GmbH)** weist darauf hin, dass Verhandlungen mit Lizenzpartnern für Getränke in den vergangenen Jahren schwer gewesen seien aufgrund der nicht zählbaren Situation. In diesem Jahr habe man erstmals testierte Zahlen. Man könne jetzt in Gespräche gehen, was vorher nicht möglich gewesen sei.

**Stadtrat Dr. Fischer (KAL)** kann in allen Punkten zustimmen. Es sei aber so herübergekommen, als seien die Feste 2009 und davor kein Erfolg gewesen. Alle seien aber ein Erfolg gewesen. Zum Glück sei nie das passiert, was in Duisburg geschehen sei. Man habe sich immer schon darüber Gedanken gemacht und jetzt habe man es optimiert. Er sei jeden Tag auf dem Fest gewesen, weil er wissen wollte, ob es funktioniere.

Er habe nur ein Problem mit der Vorgabe, ein kostendeckendes Fest hinzubekommen. Das Ziel könne man sich setzen, aber man sollte aufpassen, dass man sich nicht selbst belüge. Einerseits mache man Jugendschutzmaßnahmen. Dazu gehöre auch, darauf zu achten, dass sich jemand nicht betrinke. Andererseits wolle man,

dass möglichst viel konsumiert werde. Wenn ein so tolles Ereignis, welches solch eine Ausstrahlung für Karlsruhe habe, diesen Betrag koste, sei das gut angelegtes Geld. Natürlich wolle er die Verantwortlichen nicht daraus entlassen, möglichst viele Einnahmen zu generieren, aber er müsse erkennen, es gebe Grenzen: Sponsoring sei nicht leichter geworden, Merchandising sei nicht leichter geworden. Auch einen Schlechtwettertag müsse man einkalkulieren. Seine Fraktion akzeptiere es, auch wenn es einen Verlust gebe. Man stecke viel Geld in andere Projekte, da sollte einem ein Event wie Das Fest das wert sein.

**Der Vorsitzende** entgegnet, man habe seinerzeit klar gesagt, das Fest müsse sich selbst tragen. Es sei völlig klar, dass nicht alle Risiken ausgeschlossen werden können. Deshalb habe man auch gesagt, für Risikolagen wie z. B. Schlechtwetter übernehme man eine Ausfallgarantie in Höhe von 150 000 € pro Jahr. Es seien jetzt einige Dinge eingetreten, die man nicht gewusst habe. Er habe auf keinen Fall den Eindruck erwecken wollen, dass die Feste in den Jahren zuvor kein Erfolg gewesen seien.

**Stadträtin Luczak-Schwarz (CDU)** stellt fest, man habe gesagt, dass eine Konzeption erstellt werden solle. Für drei Jahre habe man einen Zuschuss in Höhe von 150 000 € pro Jahr gegeben. Zielrichtung sei gewesen, dass sich das Fest selber trage. An diesem Grundsatz halte die CDU-Fraktion für die Zukunft fest. Das Ergebnis müsse sein, dass das Fest sich selbst trage. Nach den Ausführungen von Herrn Wacker sehe sie die Möglichkeit, dass das erreicht werden könne.

Ihre Fraktion werde dem Ausgleich zustimmen. Dieser müsse über Schulden finanziert werden. Man solle sich aber bemühen, für die Zukunft eine andere Lösung zu finden. Sie sei überzeugt, dass es machbar sei. Ihre Fraktion habe die Hoffnung, 2011 nicht wieder über einen Defizitausgleich verhandeln zu müssen. Man sei dabei, das Fundament zu legen. Das Dach und der Innenausbau fehlten noch. So engagiert, wie Herr Wacker das angegangen sei, habe sie die Hoffnung, dass man es gestalten könne. Ihre Fraktion stimme der Vorlage zu.

**Stadträtin Lisbach (GRÜNE)** erklärt, die GRÜNE-Fraktion freue sich, dass das Fest wieder ein gelungenes Event gewesen sei, dass nichts passiert sei und die Sicher-

heitsmaßnahmen offensichtlich gegriffen haben. Kritische Stimmen habe es zum Austausch zwischen dem Familienbereich und dem Bühnenbereich gegeben. Daran müsse man noch arbeiten. Ihre Fraktion habe an der Weiterführung des Festes keinen Zweifel und werde der Vorlage zustimmen.

Trotzdem habe sie der Tenor der Vorlage überrascht. In vielen Bereichen sei von falschen Annahmen ausgegangen worden. Manches passe nicht so recht zusammen. Warum sei man von drei Schönwettertagen ausgegangen, wenn das eher die Ausnahme sei? Zu den Sponsoreneinnahmen sei gesagt worden, dass man damit zufrieden sei. Auf der anderen Seite stehe aber in der Vorlage, dass diese 42 % unter den Erwartungen zurückgeblieben seien. Man sage auch, das Fest habe sich mehr und mehr zur Business- und Network-Plattform entwickelt. Warum seien dann die Sponsoreneinnahmen so weit hinter den Erwartungen zurück geblieben?

Was die Sicherheitsmaßnahmen angehe, sei es gut, was gemacht worden sei. Ihre Fraktion verstehe, dass es viele einmalige Ausgaben gegeben habe, die das nächste Mal nicht mehr anfielen. Gleichzeitig werde angekündigt, dass man mit dem SiteView noch etwas Neues machen wolle. Ihr sei nicht ganz klar, ob man das wirklich brauche oder ob das nur eine Idee sei.

Alles in allem stimme ihre Fraktion zu. Es sei aber wichtig, für die nächsten Jahre zu einer soliden Kostenplanung zu kommen. Man sei bereit etwas zu zahlen, aber man wolle wissen, was es koste. Sie sehe Bedarf, noch einmal darüber zu diskutieren, wenn im nächsten Jahr eine neue Kostenplanung vorliege.

Zum Schluss erklärt sie, die GRÜNE-Fraktion wolle auf keinen Fall, dass am Sonntag, dem Familientag, Eintritt verlangt werde.

**Stadtrat Zeh (SPD)** stellt fest, es sei immer schwierig, Menschenmassen zu schätzen. Erst wenn richtig gezählt werde, kenne man das tatsächliche Ergebnis. In Duisburg seien vorher im Radio Millionen Besucher genannt worden. Das Bauordnungsamt habe nur 250 000 Besucher genehmigt. Dort habe es eine noch viel größere Differenz zwischen gemeldeten Zahlen, erwarteten Zahlen und realen Zahlen gegeben.



Die Kalkulation sei durchaus richtig. An den beiden Zahltagen habe man knapp 90 000 Besucher gehabt. Die Kalkulation ging von 120 000 Besuchern aus. Es fehlten letztendlich 30 000 Besucher. Mit 5 € multipliziert seien das 150 000 €. Auf diese Art und Weise hätte das Fest eine schwarze Null gehabt. Für die Zukunft wisse man, dass nur 55 000 Besucher hineingingen und keine 60 000, wie man angenommen habe. Seine Fraktion sei durchaus bereit, die Kröte zu schlucken, so dass auch sonntags die Kalkulation stimme. Bei 40 000 Besuchern mal 5 € seien dies auch 200 000 €, so dass es tatsächlich ins Plus ginge.

Ganz besonders danke seine Fraktion Martin Wacker und seinem Team. Man habe gesehen, wie viel Engagement in der Stadt für das Fest vorhanden sei und welche Werbung auch bundesweit für das Fest gemacht werde. Man hoffe, dass für die kommenden Feste dieses Engagement erhalten bleibe. Seine Fraktion stimme der Vorlage zu.

**Stadträtin Fromm (FDP)** bemerkt, alle hätten am gleichen Strang in die gleiche Richtung gezogen, weshalb es in diesem Jahr so erfolgreich gewesen sei. Wille aller sei gewesen, das Fest erhalten zu wollen, da es große Bedeutung für die Stadt Karlsruhe habe, sowohl nach außen, aber auch als Festival für die Karlsruher Bevölkerung. Ihre Fraktion wolle das weiter unterstützen.

Insofern seien die damaligen Äußerungen, das Fest und den Festcharakter erhalten zu wollen, richtig gewesen. Es habe Bedenken gegeben, ob es so noch fortzuführen sei. Es sei richtig gewesen, rechtzeitig die Sicherheits- und sonstigen Bedingungen zu verbessern. Auf das Fest verzichten zu wollen, wie es der Stadtjugendausschuss gesagt habe, sei zum richtigen Zeitpunkt geschehen, denn wenn der Stadtjugendausschuss so weiter gemacht hätte, wisse man nicht, was vielleicht geschehen wäre.

Sie spricht den Wirtschaftsplan an. Er stütze sich auf eine dreitägige Gutwettersituation. Besser sei es, die Formulierung "normale Wettersituation" zu nehmen, denn es könnte auch bei 40 °C viel schlimmer sein, als bei drei Regentagen. Neben dem Getränkeverkauf seien die sanitären Bedingungen genauso wichtig. Da müsse man eine entsprechende Vorhaltung von Wasch- und Toilettenanlagen haben.

Ihrer Fraktion sei zugetragen worden, dass man den Getränkeerlös hätte verbessern können, wenn es nicht so lange Schlangen an den Verkaufsständen gegeben hätte. Man brauche mehr Verkaufsstände. Herr Wacker habe gesagt, es sei schwierig gewesen, Basiszahlen dafür zu haben. Ihre Fraktion hoffe, dass das in Zukunft verbessert werde.

Zum Zuschuss sei zu sagen, man müsse auch bei anderen Dingen ab und zu nachbessern. Ihre Fraktion hoffe aber, dass der gute Weg, welcher im letzten Jahr mit der Gründung der FEST GmbH eingeschlagen wurde, weitergehe. Ihre Fraktion stimme der Erhöhung zu. Im nächsten Wirtschaftsplan werde man aber kritischer schauen, wie die allgemeinen Besucherzahlen einzuschätzen seien.

**Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke)** schließt sich den Aussagen von Stadtrat Dr. Fischer an. Er halte es nicht für richtig, das Fest hier nur fiskalisch zu diskutieren. Man müsse klären, ob das Fest ein Imageträger für Karlsruhe sei, eine Dienstleistung an die Bürgerinnen und Bürgern oder nur eine Privatunternehmung, die sich rechnen müsse.

**Der Vorsitzende** wirft ein, man sei hier im Finanzausschuss. Deshalb gehe es heute hauptsächlich um den Beschluss einer außerplanmäßigen Bereitstellung von 135 000 €. Deswegen müsse man hier über die Finanzen diskutieren.

**Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke)** entgegnet, es seien hier viele Aspekte wie Sicherheit und Getränkeverkäufe genannt worden. In dem Zusammenhang stimme er dem Zuschuss zu. Trotzdem halte er es nicht für richtig, das Ganze nur von der Geldseite zu betrachten und zu sagen, da müsse es sich rechnen, da müsse jeder bezahlen. Bei anderen Projekten müsse es sich nicht rechnen, da bezahle man jedes Jahr 12 Mio. €. Deshalb müsse er fragen, warum das eine Projekt so viel Geld wert sei, und beim anderen verlange man Eintritt von den jungen Leuten und frage nicht nach, wer die 5 € aufgebracht habe und welcher junge Mensch wegen den 5 € weggeblieben sei.

Er wolle einen Aspekt ansprechen, der mit den Getränken zusammenhänge. In den Beschluss vor einem Jahr habe man integriert, ein Positivimage für ein alkoholfreies

Fest angehen zu wollen. Für ihn sei es aber nicht ganz damit vereinbar, dass man die Getränke ständig als Einnahmequellen betrachte und sage, die müssten durch Vergabe in private Hände gesteigert werden. Wenn man das Positivimage ernst nehmen wolle, empfehle er, den Getränkeverkauf nicht nach außen zu vergeben, ihn nicht als Kern der Einnahme zu betrachten und vielleicht das gute Karlsruher Wasser, welches an heißen Tagen kostenlos auf dem Marktplatz ausgegeben werde, dort ebenfalls kostenlos auszugeben, damit nicht noch mehr Alkohol gegen den Durst konsumiert werde. Diese Überlegungen solle man in die nächsten Beratungen mit einfließen lassen.

**Stadträtin Baitinger (SPD)** möchte wissen, warum die Bereiche Rechnungswesen, Controlling und Liquiditätsvorschau an die KMK ausgelagert werden. Warum werde es nicht von der Stadt übernommen oder in der GmbH behalten? Habe es im Vorlauf dieses Jahres Probleme in einem der drei Bereiche gegeben? Wenn die KMK sich jetzt einzelner Bereiche bemächtige, bestehe dann nicht die Gefahr, dass sie das Fest auch noch im inhaltlich-kulturellen Bereich organisiere? Bisher habe sie sich da nicht positiv hervorgetan. Sie habe Bedenken und wolle diese Maßnahme noch näher begründet haben.

Gerne hätte sie auch gewusst, warum dieser Punkt im Hauptausschuss und nicht nächste Woche im Gemeinderat beraten werde.

**Der Vorsitzende** antwortet, der Hauptausschuss sei zuständig für die Genehmigung außerplanmäßiger Ausgaben in der Größenordnung von 100 000 - 500 000 €. Deshalb berate man es hier in öffentlicher Sitzung. Alles, was mit dem Stadtjugendausschuss im Zusammenhang mit dem Fest zu beraten sei, werde hier im Finanzausschuss besprochen, was dann nicht ohne Evaluierungsbericht gehe, wenn man es auf eine neue Basis gestellt habe.

**Herr Wacker (DAS FEST GmbH)** geht auf die aufgeworfenen Fragen ein. Er klärt, in der Vorlage fehle auf S. 9 eine Linie. Der Rückgang beziehe sich auf das Merchandising. Man habe in diesem Jahr 29 000 € erzielt, im vergangenen Jahr 50 000 €. Damit seien die Erlöse beim Merchandising 42 % unter den Erwartungen zurückgeblieben. Das entspreche dem allgemeinen Trend bei Festivals.

Bei den Sponsoreneinnahmen habe man im vergangenen Jahr 227 000 € erzielt. Dieses Jahr konnte man 275 000 € erzielen. In Zeiten von Sponsoringzurückhaltung sei dies eine sehr gute Summe gewesen.

Die Engpasssituation bei den Toiletten könne er bestätigen. Er habe sich auch schon über die Presse bei der Öffentlichkeit dafür entschuldigt. Man habe am Freitag das Problem gehabt, dass es nach vier Wochen Sonnenschein einen großen Regenschauer gegeben habe, wodurch der Boden aufgeweicht wurde. Mit dem großen Fahrgerät habe man die Toilettenhäuschen nicht rechtzeitig bis zur Öffnung auf dem Gelände verteilen können, weshalb es am Freitag zu wenig Toilettenhäuschen im inneren Bereich gegeben habe.

Die Veränderung beim Rechnungswesen und Controlling sei auch ein Wunsch seinerseits. Man habe bisher in der Übergangsphase das schon für den Stadtjugendausschuss beauftragte Steuerbüro und auch zum Teil das Rechnungswesen des Stadtjugendausschusses weiter angegliedert, da die Übergangsphase schwierig gewesen sei und man das noch im alten System halten wollte. Jetzt habe man die neue Situation zum 1. Oktober 2010. Es beschränke sich aber auf Rechnungswesen und Controlling. In die inhaltliche Gestaltung der FEST GmbH werde es keine Einmischung geben.

**Stadtrat Dr. Heilgeist (CDU)** stellt fest, man müsse sich das Fest auch leisten können. Wenn er die Veranstaltung heute betrachte und mit den nichtöffentlichen Sitzungen der Haushaltsstrukturkommission vergleiche, in denen man Euros zusammenkratze, um den Vorgaben des Regierungspräsidenten gerecht zu werden, was den Haushalt und die Einsparerfordernisse betreffe, wie schwer man sich tue, Sparvorschläge zu machen und wie schnell dann hier erst 150 000 € und dann 285 000 € vorhanden seien, um den Verlust abzudecken, dann gebe ihm das schon zu denken. Denn mit dem Beschluss heute, den Verlust abzudecken, solle eigentlich beschlossen werden, das Fest fortzuführen. Da man heute keinen Wirtschaftsplan vorgelegt bekommen habe, stelle man einen Blankoscheck aus, denn man entscheide, das Fest auch nächstes Jahr durchzuführen. Man gebe auch schon zu erkennen, dass man bereit sei, für diesen Auftrag im Nachhinein zu zahlen. In diesem Jahr habe man

auch nicht damit gerechnet, dass es jetzt 285 000 € seien plus die genannten 50 000 €.

Es erscheine ihm etwas zu schnell, wie hier das Geld ausgegeben werde. Ihm sei klar, dass man nicht widersprechen könne, die 135 000 € zu übernehmen. Schließlich habe man den Auftrag erteilt, das Fest fortzuführen. Er hätte aber gerne gewusst, wie man sich das leisten könne. Man hoffe immer, dass das Wetter gut sei, dass die Besucher kämen und all die anderen Maßnahme griffen, damit ein positives Ergebnis herauskomme. Man gehe das Risiko ein.

Deshalb sei er der Meinung, man müsse über Punkt 1 und 2 der Vorlage gesondert abstimmen. Punkt 1 sei klar, das habe man letztes Jahr schon beschlossen. Bei Punkt 2 stelle sich aber die Frage, ob man den Auftrag für das nächste Jahr schon mit erteile und damit sich uneingeschränkt bereit erkläre, das abzudecken.

Man habe letztes Jahr, als die FEST GmbH gegründet wurde, auch Private mit aufgenommen. Hier stelle sich die Frage, inwieweit die Stadt alle Verluste abdecken müsse oder ob auch die privaten Gesellschafter mit hinzugezogen würden.

**Der Vorsitzende** antwortet, die Fortschreibung des Sicherheitskonzeptes bedeute nicht, dass man einer erneuten höheren Abdeckung zustimme. Man habe im letzten Jahr beschlossen, für drei Jahre einen neuen Versuch zu machen. Man habe die Zusage gegeben - trotz der Annahme, zu einer schwarzen Null zu kommen -, dass man, falls Verluste entstünden, bereit seien, pro Jahr 150 000 € zu übernehmen. So sei die Beschlusslage. Man könnte jetzt neu beschließen, ob man das Fest fortführe. Das habe man aber 2009 schon entschieden, in Erkenntnis dessen, dass es 150 000 € pro Jahr kosten könne. Nun komme hinzu, dass wider Erwarten jetzt noch 135 000 € dazu kämen. Das hieße aber nicht, dass man das im nächsten Jahr auch habe. Man wolle, dass sich das Fest selbst trage.

**Stadtrat Dr. Heilgeist (CDU)** wirft ein, man akzeptiere aber, wenn es höher sei.

**Der Vorsitzende** bestätigt dies. Deshalb nehme man die 150 000 €. Man müsse

aber auch eine Chance haben, einmal etwas Neues aufzubauen. Er vergleiche dies mit einer Existenzgründung. Dort habe man möglicherweise auch Anfangsverluste.

**Stadtrat Dr. Heilgeist (CDU)** entgegnet, da habe man aber einen Wirtschaftsplan vorliegen.

**Der Vorsitzende** erwidert, den Wirtschaftsplan für ein Fest könne man erst dann vorlegen, wenn man wisse, welche Acts man bekomme, wie das Programm aussehe. Darauf müsse man dann den Wirtschaftsplan bauen.

**Stadtrat Dr. Heilgeist (CDU)** widerspricht. Normalerweise müsse man die Acts auf dem Wirtschaftsplan aufbauen, nicht umgekehrt.

**Der Vorsitzende** erklärt, in der Praxis funktioniere das aber nicht, denn man wisse nicht, wen man bekomme. Man habe ein Budget. Man habe die Planungen und kenne jetzt die Zuschauerzahl. Man sei dabei, Sponsoren anzuwerben. Dann kenne man die Einnahmen. Das sei das Budget, an dem man das festmache.

**Herr Wacker (DAS FEST GmbH)** weist darauf hin, dass man bei der Planung für das kommende Jahr selbstverständlich nicht mehr von einer dreitägigen Gutwettersituation, sondern von einer zweitägigen Normalwettersituation ausgehe. Durch den Vorschlag, den Sonntag auch mit den symbolischen 5 € zu versehen, hoffe man, eine Mehreinnahme in gewisser Höhe erreichen zu können. In bestimmten Punkten sehe man Einsparpotentiale, die man auch schon angenommen habe. Man habe eine Planung vorgelegt. Es sei aber klar, dass diese Planung in bestimmten Punkten noch nicht endgültig sei. Es gebe in dem Festivalbereich sicherlich auch Unwägbarkeiten. Aber der Gesamtansatz liege schon deutlich unter dem diesjährigen Planansatz. Die Erlössituation liege in gewissen Bereichen auch über dem Jahr 2010.

**Stadtrat Dr. Fischer (KAL)** führt aus, man sei hier im Finanzausschuss, weshalb er Begeisterung, Imagewert usw. monetär bewerten müsse. Man müsse dann ein Benchmarking mit anderen Städten machen. Dann wolle er die Stadt sehen, die mit so wenig Finanzeinsatz solche Zufriedenheitswerte, Begeisterung und Imagewerte bei der Bevölkerung erreiche, wie sich das in Umfrageergebnissen widerspiegele.

Natürlich könne man sich überlegen, nichts mehr zu machen. Dann müsse man es aber mit anderen Maßnahmen in der Stadt vergleichen, bei denen man auch mehr auf das Image ziele und sehen, was man da ausbebe für Begeisterung, Zufriedenheit und Imagewert. Dann werde man feststellen, dass man hier pro Besucher einen sehr guten Wert habe. Deshalb sage seine Fraktion, das müsse das Fest wert sein. Er habe auch das Vertrauen in die Organisation, das Ergebnis massiv verbessern zu wollen. Es müssten aber auch die steigenden Anforderungen an solche Feste klar sein. Die Sicherheitsanforderungen würden nicht kleiner werden, auch gesetzesbedingt. Die Umsätze bei den Getränken würden auch nicht beliebig steigen. Bei all diesen Punkten müsse klar sein, dass man mit einem bestimmten Defizit rechnen müsse. Das Fest sollte das jedoch wert sein.

**Stadträtin Fromm (FDP)** kann Herrn Dr. Heilgeist zustimmen. Alle GmbHs, egal welche Aufgaben sie hätten, müssten einen Wirtschaftsplan vorlegen. Herr Wacker sagte, es gebe ihn, doch dem Gemeinderat sei er nicht bekannt. Zumindest die Fraktionen sollten ihn kennen.

**Der Vorsitzende** entgegnet, man habe ihn immer vorgelegt. Jetzt gehe es nur um das alte Fest, nicht um das neue Fest. Wenn man den Wirtschaftsplan habe, werde man ihn dem Hauptausschuss vorlegen.

**Stadträtin Lisbach (GRÜNE)** stellt fest, mit dieser Zusage habe sich ihr Beitrag erledigt. Ihr wäre es einfach wichtig, hier darüber zu beraten und dass die Kosten und einzelnen Maßnahmen so dargestellt werden, dass sie nachvollziehbar seien und man über das eine oder andere noch entscheiden könne. So sei für sie die Notwendigkeit des SiteView aus der Vorlage nicht hervorgegangen, dass sie dem zustimmen könne. Solche Dinge müsse man diskutieren können. Ein Blankoscheck solle es nicht sein, aber sie stelle die Weiterführung des Festes nicht in Frage.

**Der Vorsitzende** erklärt, er habe es für selbstverständlich gehalten, dass man sich rechtzeitig mit dem Wirtschaftsplan befasse, bevor er gültig sei.

**Stadtrat Fostiropoulos (Die Linke)** führt aus, die Kritik von Herrn Stadtrat Dr. Heilgeist sei aus betriebswirtschaftlicher Sicht vollkommen korrekt. Der Fehler sei aber, dass das Fest sich selbst tragen müsse. Das halte er für falsch. Es sei als Kommune, als Stadt richtig zu sagen, es sei unser Fest. Man wolle die Verluste gering halten, man wolle es finanzieren. Wenn man sich so positioniere, habe man die Debatten, die Herr Stadtrat Dr. Heilgeist genannt habe, nicht. Die Frage sei, ob es ein Betrieb sei, der Gewinne bringen müsse, oder eine Dienstleistung, ein Fest, ein Imageträger, den man haben wolle. Man bemühe sich in allen Bereichen, die Verluste gering zu halten. Trotzdem müsse man sagen, ob man das Fest wolle. Dann trage man die Verluste wie bei anderen Projekten auch.

**Stadträtin Baitinger (SPD)** bekräftigt, es solle nicht Ziel des Festes sein, Verluste zu erzeugen, die man dann tragen müsse. Es sei auch fraglich, ob es zum Bereich der Daseinsvorsorge einer Kommune gehöre, Feste zu veranstalten. Insofern müsse man es kritisch beleuchten und sagen, das Ziel müsse die schwarze Null sein. Man wisse aber, was es bei Freiluftfestivals an Unwägbarkeiten gebe, angefangen beim Wetter bis über das sich wandelnde Konsumverhalten der Besucherinnen und Besucher.

Ein wichtiger Faktor sei aber, dass das Fest bei den Jugendlichen in dieser Region zur Stadt Karlsruhe hin sehr identitätsstiftend sei. Da könne man mit Stadtmarketing machen, was man wolle. Das Fest sei für die jüngeren Menschen in der Region ein Punkt der Identität mit dieser Stadt, welcher nicht in Geld aufzuwiegen sei. Es sei aber kein Widerspruch dazu, vernünftig zu planen.

Sie bitte darum, neben dem Wirtschaftsplan nicht auch noch das Kulturprogramm im Hauptausschuss zu beraten. Da sehe sie große Kompetenzmängel.

**Stadtrat Dr. Heilgeist (CDU)** möchte noch seine Frage auf die Privatgesellschafter beantwortet haben.

**Herr Wacker (DAS FEST GmbH)** antwortet, man habe als Privatgesellschafter Firmen in die FEST GmbH geholt, die sich schon seit Jahren durch ihr Engagement um das Fest verdient gemacht hätten. Es seien Firmen, die in der Region Expertisen hät-



ten und das Fest mit aufgebaut hätten. Als Beispiel nennt er die Firmen Rockshop und Crystalsounds. Die Firma Rockshop sei seit dem ersten Fest mit dabei. Es seien Firmen, wie auch die Privatbrauerei Hoepfner, die nicht nur Angebote schrieben und sagten, sie wollten maximal Geld verdienen, sondern die auch mit logistischen Maßnahmen helfen, für die keine Rechnungen geschrieben würden. Diese Firmen brächten sich alle auch durch besondere Angebote und besonderes Engagement ein, welches kaum in Geld aufzuwiegen sei. Auch die Firma B.I.G wolle er erwähnen, die den gesamten Sicherheitsbereich abwickle und das Personal zu einem sehr fairen Kostensatz zur Verfügung stelle. Die Gesellschafter seien nicht nur da, um abzukassieren, sie brächten auch etwas ein in die GmbH.

Man habe zwar auf der Erlösseite die Getränkeinnahmen nicht ganz erreichen können, aber auf der Ausgabeseite bei den Gewerken, beim Personal habe man im Gegensatz zum Wirtschaftsplan einsparen können. Dazu hätten auch die privaten Gesellschafter beigetragen.

**Der Vorsitzende** ergänzt, der Beitrag der privaten Gesellschafter sei keine Shareholder Value im Sinne von Kapitalgewinnerzielung oder Ablehnung von Verlustübernahme, sondern die Beteiligung am Fest.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt er über die Vorlage Nr. 91 abstimmen und stellt fest, der Hauptausschuss stimme einstimmig zu.

- Er schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

**Beschluss:** Antrag an den Hauptausschuss

1. Der Hauptausschuss beschließt eine apl. Ausgabe bei PSP-Element 1.410.26.04.02.03 (Kostenart 43000000) an die DAS FEST GmbH für das Jahr 2010 in Höhe von 135 T€.
2. Das Sicherheitskonzept für die Veranstaltung DAS FEST 2011 soll fortgeschrieben und der Sicherheitsstandard weiter erhöht werden.

**Schluss des öffentlichen Teils der Sitzung:** 17:07 Uhr

Zur Beurkundung:

Die Schriftführerin:

**Verteiler**

Ratsinformationssystem

Stadtkämmerei

DAS FEST GmbH

Zu den Akten

Zur Sammlung

HA - Sitzungsdienste -

18. November 2010